

Aber die entscheidenden Schritte sind bereits getan. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie antwortet auf das Angebot der Generaldirektion mit einem „Ja“. Sie ist bereit, mit allen Mitteln die Bündnispolitik gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Sie ist bereit, die Leiter des Stahlkriegs, des Montanrings und des Chemiekarts als die Herren des Schwarzen Goldenen Republik anzuerkennen. Zum Entgelt für einzige Säle in der nächsten Reichsteigerung garantieren die sozialdemokratische Führer ihre Mithilfe an der blutigen und unblutigen Verteilung der Erwerbsdiktatoren in den Boden. Die Beispiele Weizsäcker, Seescheider und Breitkreis stehen fest und Strom im ersten Glied der bürgerlichen Front.

Aber dies ist nur die eine Seite im Klassenkampf. Der weiße Front, der Westfront, der Ausbeuterfront steht eine andere Armee gegenüber, die Millionen der gefesselten Fabrikarbeiter, die Millionen der ausgelöschenen Erwerbslosen, die Millionen der entzogenen Werttäglichen und der ausgewanderten Kleinbauern, die Millionen der betrogenen Stabilisierungskapital. Sie kommen hier in einer zweiten Front, in der roten Front, der Sowjetfront, der proletarischen Klassenfront. Zwischen diesen beiden feindlichen Lagern müssen alle Werttäglichen in Stadt und Land ihre Wahl treffen. Die Kommunistische Partei zeigt ihnen den einzigen Weg zur Befreiung der kapitalistischen Diktatur und zur Befreiung aus dem Krieg. Die Hoffnungen der roten Klassen beginnen sich langsam, viel zu langsam in Bewegung zu setzen. Sie sammeln sich unter Blüten und Röpfen. Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet, die mit der sommerlichen Lohnverhandlung von vier Prozent abgebrochen wurde, war nur ein erster Anfang. Die Erwerbslosendemonstrationen und Erwerbslosentummler in vielen Städten Deutschlands waren nur ein Anfang. Der Kampf von 15 Millionen für die Fürstentummlung war nur ein Vorpiel. Die Massendemonstrationen in Berlin und im Reich waren nur ein Anfang. Aber diese Bewegungen werden, sie heigen sich, sie rütteln bereits an der Fronte der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führerfront die sich jedem Vormärz gegen die Ausbeuterdiktatoren entgegenstellt. Die proletarischen Millionen in Deutschland suchen nach einem politischen Ziel und einem organisierten Standpunkt für die bevorstehenden Winterkämpfe. Die Aufgabe der Kompanien ist es, ihnen in diesem Moment fühlend und wissend voranzugehen. Der Willen zur roten Front und die Rücksicht der roten Front sind vorhanden. Ihre Befestigungen müssen zusammengehalten und ihre Reihen erweitert werden.

Die beiden Hauptlinien im Kampf gegen das Trustkapital müssen durch die Betriebsräte und die Organe der Gewerkschaften gebildet werden. Wir stehen vor einer Wiederbelebung der jahrelang verhinderten deutschen Arbeiterschwung, vor einer Stärkung ihrer Macht und ihres Einflusses auf die Belangen der rationalisierten Fabriken. Wir stehen vor einem massenhaften organisierten Angriff der Erwerbslosen gegen ihre unerhörte Not. Beide Kompanien des großen proletarischen Heeres müssen vereint, in ihren Kampf münzen alle anderen Schichten der Werttäglichen eingegliedert werden.

Der Reichskongress der Werttäglichen, der in wenigen Wochen aufzutreten, wird den eindrückenden Kräften der klassenbewussten Arbeiterschaft ein politisches und organisatorisches Fundament schaffen. Es ist die Kriegserklärung an den Reichsverband der deutschen Industrie und an die kommende Regierung der Großen Koalition. Es ist das weithin sichtbare Wahrzeichen für den Übergang des deutschen Proletariats zum Gegenangriff, für den entschlossenen kombinierten Vorstoß aller Ausbeuter gegen die kapitalistische Nationalisierung, gegen ihre Innen- und Außenpolitik, gegen ihre Führer und ihre Helfer.

Das Attentat und die Attentäter

Vertuschung der Dörpmüller? — Geständnis der Beschreiber. — Der „fehlende Kasernenhof“.

Derstellungslohe Major Otto Schlesinger aus Stuttgart und derstellungslohe Elektrotechniker Willi Weber aus Schottmar sind als dienten verhaftet worden, die bei Leiferde den Zug Berlin-Köln zur Enthaltung brachten, indem sie zwei Schienen aufschraubten und eine Lücke dazwischen legten. Diese beiden Attentäter wurden nicht durch die Geschicklichkeit der hannoverschen Polizei, die im Falle Haarmanns ironische Verhältnisse erlangt hat, erwischt, sondern durch die Anzeige des Bruders von Weber. Dicke wollte dieser die 25 000 Mark Belohnung, die von der Dauerausbahnleitung ausgesetzt waren, erhalten.

Die bürgerliche Presse wird jetzt von Herrn Dörpmüller mit Erklärungen versorgt, die darauf hinweisen, alle Angriffe gegen Dörpmüller seien unberichtigig gewesen. Nachdem die Attentäter, die direkt an diesem Eisenbahnhanglück schuld sind, entdeckt sind, heißt Herr Dörpmüller die Stirn, alles in Butter bei der Reichsbahn zu erläutern. Aber die standartenbeobachtenden, die Schänder und Ausbeutungsmethoden, die Verabschaffung der Ausbeutungsarbeiten und die ungemeine Verwaltung der Straßen werden durch Herrn Dörpmüller ebenfalls bestätigt. Die Gewissensbisse, die im Falle Haarmanns ironische Verhältnisse erlangt hat, erwischen, sondern durch die Anzeige des Bruders von Weber. Dicke wollte dieser die 25 000 Mark Belohnung, die von der Dauerausbahnleitung ausgesetzt waren, erhalten.

Zwei Attentäter sind verhaftet. Durch die standartenbeobachtenden Justiz auf der Dauerausbahn positierten in den letzten Monaten viele große Unglücksfälle. Das System Dörpmüller ist und bleibt ein Attentat auf das Leben aller Arbeiter. Aber der Attentäter Dörpmüller wird nicht verhaftet und bestraft. Die deutsche großkapitalistische Dauerausbahnleitung läuft thun weiter im bisherigen Sinne wirken.

In den letzten Wochen las man da und dort von kleineren Attentatsversuchen auf verschiedenen Eisenbahnbetrieben. Das ist kein Zufall! Rundem Herr Dörpmüller sein Attentatsgedanke erhoben hatte, wirkte das Beispiel Leiferde sich in einer Art Wirkung aus. Häßliche psychopathische Elemente, die delikat und durch das hässliche Gesicht verzweigt sind, begleiten solche Wohnungsinstanzen. Auch die Häufung dieser Attentatsversuche ist eine charakteristische Erscheinung der allgemeinen Verzerrung der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland.

Die deutschnational-völkische „Deutsche Zeitung“ aber entdeckt auch, daß Leiferde ein System ist. Aber wußt? Der Wirkungsführer von Sodenstein, der als Chefredakteur dieses Blattes bekannt ist, schreibt dem „fehlenden Kasernenhof“ die Schuld an solchen Taten zu. Er schreibt, daß gegenwärtig in Deutschland eine große Lumpenarmee plausmäßig ausgebildet würde. Von den vielseitigen Mörtern Röther, Schlesinger und Weber sagt er:

Aber alle drei haben das Gift der nachrevolutionären Zeit in vollen Jügen geschürt. Erwerbslosenunterstützung (!), Bettel, Diebstahl, das war ihr Einkommen, Faulheit und Unzucht ziehen ihre Arbeit für die Allgemeinheit. (!) Man sage nicht, daß die fehlende Arbeitsgelegenheit die Schuld trug. Unzählige Wunderbarkeiten durchziehen Deutschland, sie finden erstaunliches bei erneutem Wollen und guter Haltung immer wieder Arbeit... es sind im Grunde nichts als unsichtbare Burgen, die — hätten wir noch unsere alte herzliche Armee — in 14 Tagen unter dem rechten Unteroffizier der braunen Menschen der Welt geworden wären."

Und immer wieder beweist dieser Herr die „Erwerbslosenunterstützung als Kriegsschaden“. Die ganze Eingangszeit, reaktionäre Belohnbarkeit dieser Peute gegenüber der fürchterlichen Tat von Millionen deutschen Werttäglichen zeigt ihre niederrutschige Seele, ihr Schild nach dem wilhelminischen Militärchef,

Kurt Heinigs „Studienreise“ nach sowjetrußland

Die „Dresdner Volkszeitung“ initiiert ihren Abiegern in Russland einen Artikel des „Vorwärts“ nach der sich mit der Einreiseverweigerung des polswirtschaftlichen Mitarbeiter des „Vorwärts“, Kurt Heinig, nach Sowjetrußland beschäftigt. Der Artikel, der unter der Überschrift: „Russland bleibt verschlossen für kritische Sozialdemokratien“ veröffentlicht wird, bietet der höchsten SED-Politik wieder einmal Gelegenheit, in Russland zu machen. Auf die Ankunft des Herrn Kurt Heinig wegen der Verweigerung der Einreiseerlaubnis antwortet jetzt die Botschaft des SSSR folgendermaßen:

„Im Mai dieses Jahres wandte sich Herr Kurt Heinig an die Botschaft der Union der SSSR in Berlin mit dem Antrag auf Einreiseerlaubnis, wobei er sich als Volkswirtschaftler präsentierte und betonte, daß er eine Studiereise in Russland zu unternehmen beabsichtige, ohne mit einem Stenographen zu ermähnen, daß er die Ergebnisse seiner Studiengänge publizistisch im „Vorwärts“ zu verwerten beabsichtigt. Diesem Antrag wurde von der Botschaft vorbehaltlos zugestellt und die folgende bemerkenswerte Abmachung eingeholt: Auf die Fragen, welche Art und wie lange seine Reise dauern würden, antwortete Herr Heinig, daß er höchstens 15 Tage benötige, um die Ergebnisse seiner Studiengänge im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.“

Auf die weitere Frage: „Ist der Reise, von wem beauftragt, von wem eingeladen, angetragen, womit Antragsteller in der Union der SSSR sich beschäftigen will?“ antwortet Herr Heinig ganz bestimmt: „Volkswirtschaftliche Studien.“ Der „Vorwärts“ lagt aber als Konzession vor: „Unser volkswirtschaftlicher Mitarbeiter hatte den Plan gefaßt, eine längere Reise durch Russland zu unternehmen und dem „Vorwärts“ sowie den übrigen Partei- und Gewerkschaftspresse seine Ergebnisse zu berichten.“

Auf die weitere Frage: „Ist der Reise, von wem beauftragt, von wem eingeladen, angetragen, womit Antragsteller in der Union der SSSR sich beschäftigen will?“ antwortet Herr Heinig ganz bestimmt: „Volkswirtschaftliche Studien.“ Der „Vorwärts“ lagt aber als Konzession vor: „Unser volkswirtschaftlicher Mitarbeiter hatte den Plan gefaßt, eine längere Reise durch Russland zu unternehmen und dem „Vorwärts“ sowie den übrigen Partei- und Gewerkschaftspresse seine Ergebnisse zu berichten.“

Auch mündlich hat Heinig der Botschaft gegenüber, wie ein Stenographen darüber verneint, doch er als Berichterstatter des „Vorwärts“ nach Russland gehen will, so wäre das an und für sich keinesfalls ein Hindernis für die Errichtung einer Einreiseerlaubnis gewesen.

Zwischenzeitlich hat die Botschaft erschöpft, doch zwischen Herrn Kurt Heinig und dem „Vorwärts“ sowie der übrigen Partei- und Gewerkschaftspresse ein geheimes Abkommen bestanden, nach welchem das Ziel seiner Russlandreise kein sollte:

damit noch brutaler die Ausbeuterin niedergehalten und niedergeschlagen werden.

Sodann kann sich natürlich auch Kommunistenhege bei der Gelegenheit nicht verlieren und schreibt:

Böhmer behauptet selbstverständlich den „Gesamt-Film“, und Schröder hat das Schimpfen auf die Herrschaften in den Autos“ sich leicht bei jeder Kommunistenverammlung erneut können.“

Nach Sodenstein fehlt zum Dörpmüller-Drama eigentlich nichts als der militärische Teil der allgemeinen Wehrpflicht. Nach der Aufführung des Wehrpflichtigen in ganz Deutschland und auch darüber, die dieses Dörpmüller-Syndrom sowohl an der Eisenbahn als auch in den Privatbetrieben zu erreichen haben, fehlt nichts als die proletarische Revolution. Sie wird die sozialen Zustände befürchten, die sozialen Grundlagen für solche Wahninhalte wie in Leiferde befehligen und auch mit solchen Alterslatern wie Dörpmüller aufzutun — aber gründlich!

Es lebe der Krieg!

Das Blatt der Dreifarbigen, der „Vollstaat“ veröffentlicht, in seiner Nummer 17 vom 4. September einen Artikel zum Todestag Ludwigs II., in dem selbstverständlich Ludwig II., der Revisionist, als Held und Fahrer gelobt wird. Widerspielt aber die Bedeutung des Revisionisten für die Neuordnung des Krieges durch den „Vollstaat“? Da einer Polen gegen diejenigen, die den Krieg als Interessenskampf der Rüstungswirtschaft und des Großkapitals bezeichnen, schreibt der „Vollstaat“:

„Sie sind bürgerliche Elterntoten, intellektuelle Schnodderer, die die Macht der geistlichen Geschichtsphilosophie auf das Werk eines materialistischen Anfangs überdrücken, sie machen es sich leicht, wo es das Schwere zu spüren gibt, sie vergessen, daß die Geschichten der Stunde keine Diskussion mehr zulassen, sie vergessen, daß nationale Erhebungen von einer ganz anderen Natur im Gefecht und in der Kinnis verloren gegangenen Dringlichkeit betrachten, wie gesagt werden.“

Der Weltkrieg, der Kampf Krupp gegen Creuzot, der Kampf der Stora-Werke gegen Armstrong als nationale Erhebung — wahrlich, die Freiheitswohlstand und bei den nationalen Heerführern und Schultheißen angelangt.

Selbstverständlich zitiert der „Vollstaat“ zustimmend die Rede Krants, wonach die Arbeiter sich ihr Vaterland gegen die Reaktion erklären müssten. Es heißt:

„Diese tapferen Worte ins Politische übertragen, deuten auf das Zusammenkommen der Arbeiterschaft mit dem Staat als die organische, historische und moralische Fortsetzung der ganzen Rasse hin, einer Form, die es mit Blut und Geist zu erhalten gilt. Der Krieg, unter diesen Gesichtswinkel betrachtet, war der Auftakt.“

Das ist richtig! Der Krieg mit dem „Ich kenne keine Partei mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ war der Anfang. Die Politik der Dreifarbigen ist die logische Fortsetzung. Nur ist nicht zu vergessen, daß die Arbeiter inzwischen gelernt haben.

Lohnbrüderlichkeit durch Gesetz

In den Nachrichten der Arbeitslohnämter ist seit 15. März die gesonderte sozialistische Rücksichtnahme der Pflichtarbeiter eingeführt. Wenn man den zahlreichen Verläufen der Pflichtarbeit seit dem Sommer vorigen Jahres verfolgt, so wird man zu der Überzeugung kommen, daß dies nicht ohne Grund geschieht, sondern daß man diese Zahl periodisch als einen der ungeheuerlichen Standart der Hindenburg-Republik vergleicht. Vergleicht man die Zahl der Pflichtarbeiter mit der Zahl der Roßstandsarbeiter, so ergibt sich folgendes Bild:

| Jahr | Jahr |
|----------------------|------------------------|
| der Pflichtarbeiter: | der Roßstandsarbeiter: |
| 15. Juli 1925 | 17 188 |
| 16. August 1925 | 25 764 |
| 15. September 1925 | 17 022 |
| 15. Oktober 1925 | 20 786 |
| 15. November 1925 | 26 301 |
| 15. Dezember 1925 | 105 020 |
| 15. Januar 1926 | 177 151 |
| 15. Februar 1926 | 219 738 |
| | 87 014 |

Gegenüber einer Vermehrung der Roßstandsarbeiter um 120 Prozent ist die Zahl der Pflichtarbeiter etwa um 100 Prozent gestiegen, und man begreift, worum seit dem 15. März die Zahl der Pflichtarbeiter nicht mehr bekannt gegeben wird.

Jeder Erwerbsarbeiter, der Unterstützung benötigt, ist nach den Ausführungsvorschriften zur Erwerbslosenfürsorge verpflichtet. Wird die 18-stündige Arbeitszeit in der Woche übersteigen, so soll (1) den Erwerbsarbeiter ein minimales, begrenztes Entlastung bezahlt werden. Auf diese Weise wird eine Armutarmee von bislang Arbeitslosenstandorten zu Tarifabhängigen verhindert, sondern obendrauf noch den beschäftigten Kollegen die Arbeit fortnehmen und auf

Alle bisherigen Bekämpfungen, eine Bekämpfung der Pflichtarbeit durchzuführen, sind fehlgeschlagen. Wie glauben, daß

1. Sich die Autorität eines Russland-Kenners zu verschaffen, und

2. dann mit dieser Autorität den Arbeiterschaften und Gewerkschaften im „Vorwärts“ sowie in der übrigen Partei- und Gewerkschaften

„streng sachlich“ über seine Beobachtungen und Erfahrungen in der Sowjetunion berichtet hätte, denn sein vorgetragenes Ziel hätte eine solche Berichterstattung von vorhersehbarer Abschaltung des Abommens mit dem „Vorwärts“ bedingt die Berichterstattung.

Die Botschaft hat sich daher gewünscht, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, das ausdrücklich auf den Fragebogen des Gewerkschaftsmitglieds beschränkt ist: „Antragsteller, die keine erlösende Antwort geben.“

Darüber hinaus stellt die russische Botschaft der Sowjetunion eine „Rote Fahne“ noch mit, daß dies der erste Fall ist, der die Botschaft der Sowjetunion zu widerlegen, daß er die Sowjetunion über den Zweck seiner Reise und das Organ, die von ihm eigentümlich ausgestellt wurden, versteckt, verheimlicht. Jeder Arbeiter wird verstehen, wenn man sich schon bei der Einreise solcher Unmauthäuser schämen darf, wie dann erst eine „Berichterstattung“ des Herrn Heinig ausgehen hätte. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben kein Interesse daran, solche Berichte zu haben. Die von vorhersehbar in ihrer Tendenz zu liegenden Arbeiterschaft hat vielmehr alles Interesse daran, Rückzug zu gestalten, um vorgebrachte Fehler zu korrigieren.

Kurt Heinig bestätigt seine Lügen

Kurt Heinig veröffentlicht in dem „Vorwärts“-Abendblatt vom 7. September eine Erklärung, in der er behauptet, daß ihm gestanden wurde, er nicht in der Lage, die Feststellung der russischen Botschaft zu widerlegen, daß er die Sowjetunion über seinen Beruf, über den Zweck seiner Reise falsch informiert hat. Das Abkommen von einer kommunistischen Empfehlung, die er erhalten haben soll, ändert nichts an der Tatsache, daß Kurt Heinig bestätigt muss, daß er die Sowjetunion durch unzählige öffentliche Angaben irregeführt wollte. Das die Sowjetunion gegenüber solchen wahrlosen beispiellosen Methoden von sozialdemokratischen Redakteuren, die ihren Beruf vergrößern, vorzeitig sehr muß, erscheint uns nicht als berechtigt.

Neue Verhaftungen im hessischen Stadtbankland

Hessen, 8. September. Im Zusammenhang mit den Friedensunterhandlungen bei der Stadtbank wurde jetzt der frühere Bankbevollmächtigte Eisloff verhaftet. Die Verdächtigung lautet: Untreue, Aktionseröffnung und Annahme von Schmiergeldern.

Der Belagerungszustand in Spanien aufgehoben?

Madrid, 8. September. (Sig. Drahtbericht.) Der Belagerungszustand ist aufgehoben. 12 000 Marokko-soldaten sollen nach Spanien zurückkehren. Die weiteren Artillerie wird nach Madrid eingeschoben.

Riveras „Misverständnis“

Madrid. Der Diktator Primo de Rivera gibt bekannt, daß am 11., 12. und 13. September eine sogenannte Volksabstimmung stattfinden soll, ob das spanische Volk mit seiner Diktatur zufrieden ist. Die Abstimmung wird darum bestehen, daß über 18 Jahre alten Spanier und Spanierinnen ein Mandat öffentlich unterzeichneten. Primo de Rivera hofft, daß der Tag ein glänzendes Abstimmungsergebnis hervorbringt. Er will dann zum Oktober die Nationalversammlung einberufen. Der Diktator hält die rebellischen Offiziere größte Macht an der Bevölkerung und erklärt, die Meuterei sei „nur ein Misverständnis“ gewesen. Er hofft, auf diese Weise die Rivalen des ihm bisher feindlich gesetzten Generäle zu seinen Gunsten anzuheben. Vor der französischen Grenze wird gesetzt, daß zahlreiche spanische Soldaten im Laufe der letzten drei Nächte nach Frankreich gestrichen seien.

Statshenko ermordet?

Protestdelegation bei der Berliner rumänischen Gesandtschaft.

Die rumänische Geheimpolizei hat auf Nachforschungen über den Gesuchten Statshenko erklärte, sie wisse überhaupt nichts von seinem Verbleib. Da die nachdrücklich „Altmeyer“ das Schlimmste vermuten läßt, hat eine Delegation der Liga für Menschenrechte, des Vereins sozialistischer Juristen, des Komitees revolutionärer Schriftsteller und Künstler und des Zentralvorstandes der Roten Hilfe Deutschlands am Dienstag sofort die rumänische Gesandtschaft in Berlin aufzusuchen. Der Gesandte ließ sich verlegen. Er wurde durch den Legionärsrat vertrieben. Bei den schweren Protest erklärte er, er sei über die Angelegenheit „nicht informiert“. Die Arbeiterschaft muß sofort Proteste an die rumänische Gesandtschaft in Berlin senden! Es gilt das Leben zweier proletarischer Kämpfer!

Neue Massenverhaftungen in Sofia

Die bulgarische Telegraphenagentur teilt mit, daß es den Behörden gelungen ist, eine „neue Verschwörungsorganisation“ aufzudecken, deren Mitglieder zu der kommunistischen Jugend und den radikalen Bauern gehören. Eine große Anzahl wurde sowohl in der Hauptstadt wie